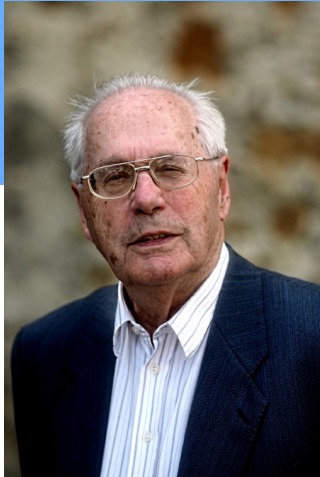


Keupers

kritischer

Kommentar



10-01-2018

Oktober 2018

Jeder zweite Rentner wird sich einschränken müssen.

Dies ist eine Einschätzung von Marcel Fratscher, dargelegt in einem Beitrag seiner Serie: „Verteilungsfragen“, vom 13. September. In dieser Abhandlung stellt er fest, dass über 63 Prozent der heutigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, welche in den 20er Jahren in Rente gehen werden, gemäß einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) im Auftrag der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung, bei ihrem Eintritt in das Rentnerdasein, ihre gewohnten Lebensansprüche erheblich reduzieren, ihren Gürtel enger schnallen müssen. Die ausgezahlte Rente bei einer sogenannten Rentenquote von 48 Prozent, wird bei weiten nicht mehr ausreichen, ihren bisherigen gewohnten Lebensstandard weiterführen zu können. Im Durchschnitt werden in etwa 700 Euro im Monat fehlen, für Konsum, für Miete oder Mietnebenkosten. Sollten Bezüge aus privater Altersvorsorge zu erwarten sein, verringert sich der Anteil derer, die mit Einschränkungen im Ruhestand leben müssen etwa um 25 Prozent. Dieses bedeutet einerseits, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit geringen Arbeitseinkommen, die sich nicht leisten können sich privat zu versichern, stärker von Einschränkungen bis hin zur Altersarmut betroffen sind, andererseits aber immerhin noch, dass 48 Prozent der heutigen 55- bis 64-Jährigen zu wenig Rente bekommen werden, um ihre jetzigen Lebensgewohnheiten beibehalten zu können, sich daher nicht mehr im vollen Umfang am gesellschaftlichen Geschehen beteiligen. Dieses bedeutet nicht, dass diese Rentnerinnen und Rentner alle im Alter von einer Altersarmut bedroht sind, obgleich diese reale Altersarmut in unserem Lande leider immer mehr zunimmt, sondern, dass immer mehr ältere Bürgerinnen und Bürger sich als Randfiguren in unserer Gesellschaft, in unserer Demokratie betrachten müssen. Weil sie nicht mehr am Gesellschaftlichen teilnehmen, sich nicht mehr in diese einbringen können, empfinden viele heute schon diese drohende Entwicklung in ihrem Lebensabend, als deprimierend und deillusionistisch. Sie fühlen ihre Interessen von den Regierenden, der Politik und den Politikern nicht ordnungsgemäß vertreten, sich um den Erfolg ihrer Lebensarbeitsleistung betrogen.

Fratscher warnt vor weiteren Einschränkungen in der Zukunft.

„Und in Zukunft wird es noch mehr Rentner treffen“, resümiert Marcel Fratscher und schreibt weiter: „Wichtig ist es sich bewusst zu machen, dass das weitere Absinken des Rentenniveaus, (wie es nach 2025 erfolgen könnte), das Ansteigen der Lebenserwartungen

und die häufiger unterbrochenen Erwerbsbiografien den Anteil der Menschen (wesentlich) erhöhen wird, die im Alter ihren Lebensstandard zum Teil werden stark einschränken müssen - zumal die private Belastung für Gesundheit und Pflege (im fortschreitendem Alter) wohl weiter zunehmen wird. Dass die (bisherige) Debatte um Altersarmut viel zu eng gefasst ist“.

Das Vertrauen in eine politische Stabilität der Demokratie schwindet.

Obwohl die wirtschaftliche Situation in unserem Land gut ist, so wie es uns von der Politik und den Medien immer wieder suggeriert wird, halten zwei Drittel der heute 30- bis 59-Jährigen den gesellschaftlichen Zusammenhalt für zu schwach. Sie finden das diese Gesellschaft zu materialistisch, zu intolerant und zu egoistisch, eben zu neoliberal geworden ist. Nur noch 27 Prozent der bei einer Umfrage Befragten, haben noch Vertrauen in eine politische Stabilität der Demokratie. Vertrauen darin, dass die Politik, die Politiker in ihrem Interesse die sozialen Probleme konstruktiv lösen oder zumindest diese Probleme erkennen. Es besteht somit eine sehr große Gefahr, dass die Menschen im Land sich immer mehr von der herrschenden Politik abwenden und ihr Heil bei den Populisten vom rechten oder linken Ufer suchen. Ein Bekämpfen dieser sich abzeichnenden Entwicklungen zum Extremen mit lautstarken Gegendemonstrationen bringt im Grunde nichts. Die demokratischen Parteien, insbesondere die Sozialdemokraten, müssen endlich erkennen, dass sie den Bürgerinnen und Bürgern die Angst vor einer Zukunft in relativer Armut nehmen, dass sie den Menschen im Lande eine Zukunftsperspektive aufzeichnen müssen, einer progressiven Zukunft für eine Arbeit von morgen, für Wohlstand für alle, für ein solidarisches Miteinander in einer sicheren Welt des 21. Jahrhunderts.

Dazu ist es aber auch erforderlich, wie es der sozialdemokratische Bundesfinanzminister Olaf Scholz fordert, die Renten mindestens bis zum Jahre 2040 zu stabilisieren. Ja, um die zukünftigen Rentnerinnen und Rentner nicht gesellschaftlich kaltzustellen, sollte man die Rentenquoten wieder so anheben, dass diese ihre Lebensgewohnheiten im Wesentlichen weiter ausleben können, und dass Geringverdiener einen steuerfinanzierten Zuschuss erhalten, um ebenfalls zukünftig an dem Gesellschaftlichen partizipieren zu können.

In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 03. Oktober 2018,

Heinrich Keuper